Einzel-Nr.: 20 Goldpfg. = 200 Milliarden M.

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland für Monat Februar 4 Goldm.; Ausland 6.50 Goldm. einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höh. Gewalt schließt Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70611, Ferngespr. 17091-17092); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 24 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Goldpfennige, Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Goldpfennige, Gelegenheitsanzeigen, Stellengesuche, Reklamezeilen usw. nach Tarif. Preisnachlaß bei Abschluß. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich. Für das Ausland entsprechender Aufschlag. Erfüllungsort Leipzig. Postscheckkonto Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 22 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur L. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Naunhof. Druck u. Verlag: Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. vorm. Fischer & Kürsten. — Freitag, den 25. Januar 1924 — Berliner Schriftleitung: Kochstraße 21 (Fernsprecher 5600—5663). Dresdner Schriftleitung: Reichsstraße 13 (Fernsprecher 34795). Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 8588). — 118. Jahrg.

Die werdende deutsche Goldnotenbank

Angelsächsische Beteiligung wahrscheinlich

24. Januar.

lz. Die Vertreter von Pariser Blättern in Berlin fühlen sich bemüßigt, über das Schachtsche Projekt einer deutschen Goldnotenbank Einzelheiten nach Paris zu berichten. Was hiervon Wahrheit ist, was Dichtung, läßt sich schwer unterscheiden. Es scheint, als ob insbesondere dem Vertreter des „Petit Parisien" der Plan, den der Präsident der holländischen Notenbank, Bissering, in einem amerikanischen Blatte über eine zu gründende deutsche Goldnotenbank entwickelt hat, für seine eigene Meldung als Unterlage gedient habe. Die Gründe, die der französische Journalist dafür anführt, daß das Kapital der Bank in einem neutralen Lande deponiert werden müsse, klingen ganz nach Bissering. Es ist kaum anzunehmen, daß Schacht die deutschen Verhältnisse so wenig kenne, um aus Furcht vor innerdeutschen Unruhen das Kapital der Bank im Auslande deponiert wissen zu wollen. Bei stabilen Währungsverhältnissen ist die Unruhen-Gefahr in Deutschland gewiß nicht größer als in jedem anderen Lande. Und durch die Goldnotenbank soll ja die gegenwärtige Stabilität der deutschen Valuta unerschütterlich verankert werden. Der Grund, daß man das Kapital der deutschen Goldnotenbank im neutralen Auslande deponieren müsse, um es so einem etwaigen Zugriff feindlicher Mächte zu entziehen, stammt bestimmt von Bissering. Von ihm, der selbst ein neutraler Ausländer ist, vorgebracht, ist eine solche Begründung verständlich. Schacht hat auch diesen Grund gewiß nicht angeführt. Nicht darum jedoch handelt es sich, ob die Einzelheiten, die die beiden französischen Journalisten über den Schachtschen Plan nach Paris melden, richtig oder unrichtig sind. Viel wichtiger für uns ist, daß sie sich überhaupt veranlaßt fühlen, eine solche Meldung an ihre Blätter zu geben. Denn dies weist doch sicherlich darauf hin, daß der französische Leser davon gern etwas hören mag und das Interesse Frankreichs an einer deutschen Goldnotenbank erfreulich groß ist.

Die in Paris erscheinenden amerikanischen Blätter erklären übereinstimmend, daß auch die französischen Sachverständigen dem Plan einer deutschen Goldnotenbank zustimmen. Das aber heißt, daß auch die französische Regierung nichts gegen diesen Plan einzuwenden hat, vielleicht deshalb, weil sie von seiner Durchführung eine wohltuende Wirkung auch auf den Kurs des Franken erwartet. Die Maßnahmen, die die französische Regierung bisher ergriffen oder doch wenigstens vorbereitet hat, um den Sturz des Franken aufzuhalten, sind gewiß nicht wirkungslos gewesen. Aber die großen Schwankungen der französischen Valuta dauern unverändert fort und es ist durchaus nicht gesagt, daß jede Gefahr vom Frankenkurse schon abgewendet sei. Diese Unsicherheit über das weitere Schicksal der französischen Währung macht die verantwortlichen Kreise geneigt, einem Plan zuzustimmen, der zunächst einmal in Deutschland klare Verhältnisse schafft, die ihrerseits wieder die Grundlage für die Festsetzung der Höhe der Reparationen bilden können. Die französische Machtpolitik hat an der Ruhr eine Niederlage erlitten, als sie im trüben fischen wollte; sie muß sich neu orientieren, und dazu braucht sie zunächst einmal klare Verhältnisse in Deutschland.

Die Frage, wie weit das politische Machtstreben Frankreichs sich Deutschland gegenüber wird durchsetzen können, wenn stabile Währungsverhältnisse unsere wirtschaftliche Lage geklärt haben, interessiert uns zunächst nicht. Eine Zettelbank, deren Noten gegen eine Entwertung gefeit sind, ist für uns eine unabweisbare Notwendigkeit. Und deshalb müssen wir die Geneigtheit Frankreichs, der Errichtung einer solchen Bank zuzustimmen, auch dann freudig begrüßen, wenn wir von den Gründen einer solchen Sinnesänderung nicht übermäßig erbaut sind.

Schacht ist, wie es scheint, im richtigen Augenblicke nach Paris gekommen, und seine bisherigen Erfolge in Deutschland waren ein Empfehlungsschreiben, wie man es sich nicht besser wünschen kann. Und doch hat er bisher eigentlich nichts getan, was nicht selbstverständlich wäre; aber gerade das Selbstverständliche zu tun, mag schwer sein. Denn es gehört dazu eine klare Erkenntnis der Gegebenheiten, ein festes Ziel und ein unbeugsamer Wille, dieses Ziel zu erreichen. Diesen Eigenschaften hat Schacht seine bisherigen Erfolge zu danken, ihretwegen auch konnte sein Plan von der Schaffung einer deutschen Goldnotenbank seinen Eindruck auf die Sachverständigen nicht verfehlen, wie sie auch uns immer mehr in dem Glauben bestärken, daß das Ziel, ein Geld zu schaffen, das seinen Wert unverändert beibehält, erreicht wird. Wenn aber der Erreichung des Zieles von dritter Seite Hilfe kommt, so soll sie uns ohne Rücksicht auf die Gründe willkommen sein.

London, 24. Januar. (Eig. Tel.) In Kreisen der Citybanken wurde erklärt, daß jetzt, nachdem die Goldnotenbank des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht von der Dawes-Kommission offiziell befürwortet worden sei, die Beteiligung englischen und amerikanischen Kapitals an der Bank sicher sei, wenn nicht wider Erwarten die Reparationskommission sie verhindere. Die Beteiligung Londons würde dann gemäß den Vorbesprechungen, die Dr. Schacht hier gehabt hat, durch eine Bankengruppe unter Führung der Bank von England erfolgen.

Paris, 24. Januar. (Eig. Tel.) Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris" drahtet im Zusammenhang mit der Entschließung des Sachverständigenausschusses über die Goldnotenbank seinem Blatte, die bevorstehenden deutsch-französischen Verhandlungen würden zwar voraussichtlich noch Schwierigkeiten zu überwinden haben, aber die Aussichten auf eine Einigung seien greifbarer geworden. Der Plan Litwins, der eine Hypothek auf die Gesamtheit des deutschen Vermögens vorsehe, erscheine als Ausdruck einer ernsthaften Anstrengung zu einer Lösung zu gelangen, die den Interessen beider Nationen entspräche. Litwins Projekt werde von Dr. Stresemann und einem großen Teile der öffentlichen Meinung Deutschlands gutgeheißen und verdiene größere Beachtung als die Versprechungen des Herrn Reichberg. Der Litwinsche Plan bilde ein Gegenstück zu der von Dr. Schacht vorgeschlagenen Goldnotenbank. Diese beiden Persönlichkeiten seien im übrigen eng miteinander verbunden und vollkommen einig. Die beiden Entwürfe zusammen würden zu einer Sanierung der Finanzen des Reiches und zur Zahlung der Reparationen führen.

Der Berliner Berichterstatter des „Petit Parisien" behauptet, er sei in der Lage, mit vollkommener Genauigkeit die Statuten der Goldnotenbank, so wie sie Dr. Schacht plane, mitzuteilen, und macht folgende Einzelangaben: Die Zeichnungen finden nicht nur in Deutschland, sondern auch im Auslande statt. Die deutschen oder fremden Zeichner sind nicht verpflichtet, ihre Namen zu nennen; sie können durch Dritte zeichnen lassen. Für deutsche Staatsbürger ist eine Amnestie vorgesehen; jeder Deutsche, der die verschiedenen Gesetze über die Kapitalflucht oder Vermögensverschleierung verletzt hat, wird rehabilitiert, wenn er Aktienanteile der Bank im Betrage der Hälfte seines Vermögens in Devisen zeichnet. Die Reichsbank wird an der Kapitalzeichnung für die Goldnotenbank mit einem bestimmten Goldbetrage teilnehmen. Die Zeichnungen in Gold oder Devisen, die das Kapital der Bank bilden, werden zu einem Teile in einem neutralen Lande deponiert, um gleichzeitig gegen eventuelle Unruhen in Deutschland und gegen die Beschlagnahme durch eine feindliche Macht geschützt zu sein. Die Bank wird keinerlei Spekulationsgeschäfte vornehmen. Der Aufsichtsrat wird ausschließlich aus Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens zusammengesetzt. Die Rückzahlung der Banknoten in Gold oder Devisen wird mit Jahresfrist garantiert. Das Bankgeheimnis wird sowohl durch das Reich als auch durch Verträge mit den fremden Treuhändern gesichert. Die Dividende auf die Anteilsscheine ist in Gold zahlbar. Die Bank ist von Steuern und Abgaben frei. Vom Reingewinn erhält das Reich vorweg einen Betrag in Höhe von 2 Prozent des Aktienkapitals. Sodann wird der Reservefonds mit 10 Prozent dotiert. Dann erhalten die Aktionäre 5 Prozent des von ihnen eingezahlten Kapitales. Der hiernach verbleibende Rest des Reingewinns wird zwischen Aktionären und Reich hälftig geteilt. Da die Goldnotenbank mit der Reichsbank eng zusammenarbeitet, werden bedeutende Organisationskosten und Kosten für technisches Personal erspart. Die Bank hat eine garantierte Lebensdauer von 28 Jahren. Bei der Liquidation teilen sich die Zeichner Kapital und Reserven. Wenn das Reich die Bank erwirbt, so erhalten die Zeichner das Zwanzigfache der Mitteldividende der letzten zehn Jahre, mindestens aber das Doppelte des Nominalbetrages und die Hälfte der Reserven. Die andere Hälfte der Reserven fällt dem Reiche zu. Die Verlängerung der Konzession durch das Reich ist vorgesehen. Der Präsident der Bank hat Vetorecht. Dr. Schacht, so wird weiter ausgeführt, glaubt, daß 2 Milliarden Goldmark in fremden Devisen sich in Deutschland befinden, außerdem sei ein entsprechender Betrag im Auslande deponiert und arbeite nicht im wirtschaftlichen Interesse Deutschlands. Die Goldnotenbank soll ein Kapital von 1 Milliarde Goldmark haben. Sie werde zunächst 2 Milliarden Goldmark ausgeben, die also mit 50 Prozent gedeckt sind. Es könnten später, wenn nötig, 3 Milliarden ausgegeben werden, wodurch eine genügende Goldzirkulation gesichert sei.

Paris, 24. Januar. (Eig. Tel.) Der gestern gefaßte Beschluß des zweiten Sachverständigenausschusses, sich gleichfalls nach Berlin zu begeben, um dort Donnerstag, den 31. Januar, seine nächste Sitzung abzuhalten, hat, wie schon gemeldet, ein gewisses Aufsehen erregt. Bisher war nichts darüber zu erfahren, wer diese Reise beantragt hat. Tatsache ist, daß gestern mittag nach Anhörung des früheren Staatssekretärs Bergmann und des Regierungsrates Meyer von der Kriegslastenkommission, eine Berliner Reise des zweiten Ausschusses nach Ansicht unterrichteter Kreise nicht in Frage kam. Der „Temps" berichtete gestern nachmittag noch, der Ausschuß werde sich für einige Zeit vertagen und voraussichtlich Montag, den 4. Februar, aufs neue in Paris zusammentreten.

Allem Anschein nach hat das französische Mitglied des zweiten Ausschusses vor der Nachmittagssitzung Weisung erhalten, die Berliner Reise zu beantragen. Die Erörterung der Kapitalfluchtfrage ist, wie erinnerlich, von französischer Seite in einer Reihe von offiziellen und offiziösen Kundgebungen als besonders wichtig bezeichnet worden. Unter diesen Umständen konnte man kaum erwarten, daß Frankreich sich mit der Feststellung begnügen würde, die Suche nach dem geflüchteten deutschen Kapital hätte keinen Zweck und die Heimführung der Kapitalien würde am besten durch Sanierung der deutschen Reichsfinanzen erfolgen. Es ist klar, daß ein französischer Verzicht auf Klärung der deutschen Kapitalfluchtfrage von den Gegnern der Regierung in diesem Augenblick stark gegen das Kabinett Poincaré hätte ausgebeutet werden können, zumal eine Beteiligung Frankreichs an der deutschen Goldnotenbank erwartet wird.

Der Aufenthalt des zweiten Ausschusses in Deutschland wird, wie verlautet, die von Frankreich gewünschte Aufklärung der Frage bringen, unter welchen Umständen der deutsche Anteil an der Anatolischen Eisenbahn nach dem Waffenstillstand in fremde Hände übergegangen ist. Dieser Vorgang wird, wie der „Temps" dargelegt hat, von französischer Seite als ein gutes Beispiel dafür angesehen, wie deutsches Kapital den Reparationsleistungen entzogen wurde.

Neue Explosion in Leuna

(Seite 3)

Vereinfachte Devisengesetzgebung

Berlin, 24. Januar. (Eig. Tel.) Wie wir hören, liegt gegenwärtig im Reichswirtschaftsministerium ein nahezu fertiger Entwurf vor, der die Zusammenfassung aller bisher erlassenen Devisenverordnungen bezweckt. Es hat sich als notwendig herausgestellt, daß die etwa dreißig einzelnen Gesetzesbestimmungen zu einer klaren Verordnung zusammengefaßt werden. Bei dieser Gelegenheit sind in die neue Einheitsverordnung einige Wünsche der Wirtschaft, soweit solche namentlich die Meldepflicht usw. betreffen hineinverarbeitet worden.

Keine Landtagsauflösung in Sachsen

Dresden, 24. Januar. (Eig. Tel.) Die Sitzung des sächsischen Landtages begann um 3 Uhr. Präsident Winkler teilt die Mandats-Niederlegung des Ministers Reinhold mit. Die notwendigen Verfügungen sind getroffen worden, um sofort den an Stelle des Dr. Reinhold tretenden Abgeordneten einzuberufen. Hierauf berichtet Gündel (Dtschnatl.) namens des Ausschusses über die Strafverfolgung der Abgeordneten Siewert, Sachs, Lieberasch, Schneller und Bauer. Der Ausschuß beantragt die Ablehnung der Strafverfolgung. Das Haus nimmt diese Anträge mit großer Mehrheit an. Ferner referiert Gündel über den Antrag Seyfert. Danach kann ein Abgeordneter, der sich eines einfachen Vergehens gegen den Präsidenten oder die Geschäftsordnung schuldig macht, mit Ausschluß für drei Vollsitzungen, jedoch höchstens im Zeitraum einer Woche, bestraft werden, im verschärften Falle mit Ausschluß von sechs Vollsitzungen, höchstens jedoch zwei Wochen. Die Dauer einer Rede zur Geschäftsordnung soll mit fünf Minuten, die Dauer einer Rede zu einer Sache mit einer Stunde begrenzt bleiben. Ausgeschlossene Abgeordnete erhalten keine Aufwandsentschädigung. Wenn sie Mitglieder eines Ausschusses sind, können sie sich vertreten lassen. Die Abgeordneten Renner (Kom.) und Edel (Linkssoz.) stellen Abänderungsanträge, die jedoch abgelehnt werden. Das Haus nimmt die Ausschußanträge mit großer Mehrheit an.

Hierauf begründet Schwarz (Linkssoz.) den

Antrag auf Auflösung des Landtages.

„Nicht nur in Sachen der Disziplin, auch sachliche Erwägungen haben uns veranlaßt, gegen die Mehrheit der Landtagsfraktion unserer Partei energisch Stellung zu nehmen. In großen Fragen haben sich immer die Abgeordneten mit ihren Mandatsgebern in Verbindung setzen müssen. Sie selbst, meine Kollegen von der Landtagsfraktion, haben wiederholt erklärt, unsere Instanzen müßten befragt werden. Ein Fall, daß sich eine Fraktion gegen den Willen eines Parteitages auflehnt, ist ohne Vorgeschichte in unserer Partei. Ich bin kein Gegner einer Koalition, auch kein Gegner der großen Koalition, aber ob ich unter allen Umständen eine solche Politik mitmachen muß, das glaube ich nicht. Auch bei Ihnen, meine Kollegen von der rechten Seite, sind Koalitionsfragen keine politischen, sondern taktische. Auf was stützen sich aber die Herren der Deutschen Volkspartei und der Demokraten? Auf 25 sozialdemokratische Außenseiter. Die Koalition geht in die Brüche, wenn Sie es wünschen, nicht, wenn die Sozialdemokraten in der Koalition es wollen. Eine Koalition, hinter der keine große Partei steht, kann nicht lange existieren. Wer steht denn schon dahinter? Die Abgeordneten, das Land, die Parteiorganisation? Ich kenne keine bürgerliche Partei, die etwas Aehnliches unternehmen würde. Ich richte einen letzten Appell an Sie, den Riß in unserer Partei nicht zur Kluft zu erweitern.

Abg. Niethammer (DVP.) erklärt sich gegen die Auflösung.

Abg. Böttcher (Komm.): Die Taten der Koalition zeigen den Weg, den die Sozialdemokratie geht. Dies sieht man an allen Konzessionen, die die Sozialdemokratie an die Reichsparteien macht: in den Steuerfragen, in den Wirtschaftsfragen und auch in den Kulturfragen. Besonders bezeichnend dafür ist die Haltung des Volksbildungsministers Dr. Kaiser in der „Hinkemann"-Angelegenheit. Der Redner erwähnte auch die Unruhen in Aue und Schwarzenberg und geißelte die Abwehr als eine „Ruhmestat" des Kabinetts Heldt.

Hierauf gibt Abg. Franz (VSPD.) im Namen der Mehrheit der Sozialdemokraten eine Erklärung ab, daß die Sozialdemokratie den Antrag auf Auflösung des Landtages ablehne. Franz wiederholt, daß die Mehrheitssozialisten sich der Verantwortlichkeit vor der Bevölkerung und den Wählern bewußt seien. Er sei überzeugt, daß die Wählerschaft diese Haltung verstehen werde. Im übrigen werde der Reichsparteitag am 30. März darüber entscheiden, ob die Sozialdemokratie auch weiter mit den bürgerlichen Parteien Koalitionen eingehen könne. Diesem Beschluß des Reichsparteitages werde sich die Fraktionsmehrheit fügen. Am Schlusse seiner Ausführungen stellte Franz mit Betonung folgende persönliche Frage an den Abgeordneten Arzt: „Ist dem Abgeordneten Arzt bekannt, daß ein Abgeordneter der Minderheit der Sozialdemokratie bereit war, aus den Händen des Generals Müller die Regierungsbildung zu übernehmen?"

Abg. Beutler (Dn.) erklärt, die Deutschnationalen würden für Auflösung stimmen, weil die letzten Gemeinderatswahlen gezeigt hätten, daß die Zeit für eine bürgerliche Koalition gekommen sei.

Abg. Schwarz (Linkssoz.) geht in seinem Schlußwort auf die „Verdächtigungen" des Abgeordneten Franz ein und erklärt sie für „Waschweibereien". Er sagt: „Ich bekenne mich für „schuldig". Regierungsrat Meier war als Abgesandter der Regierung bei mir erschienen und als der Abgeordnete Heldt erklärte, die Regierung nicht übernehmen zu wollen, da keine Macht hinter ihm stünde, und der Regierungsrat Meier mich scherzhaft fragte, ob ich sie übernehmen wollte, antwortete ich: ich ließe mich dem General Müller empfehlen; ich würde eine Diktatur in Sachsen schon durchführen!"

Bei der hierauf folgenden

Abstimmung

wurde der Antrag der Linkssozialisten auf Auflösung des Landtages mit 51 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Für die Auflösung stimmten außer den Antragstellern die Kommunisten und die Deutschnationalen.

Dollarparitäten an Auslandsbörsen

in Billionen Mark	24. Januar	25. Januar
Zürich	4.2	4.3
Amsterdam	4.2	4.2
London	4.3	4.2
Prag	—	4.3
New York (Vorbörse)	4.2	4.2
„ „ (Nachbörse)	—	4.2

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 24.	Parität in Billionen 24.		Vorbörse 24.	Parität in Billionen 24.
Berlin	1,000000024	4166	Amsterd.	3703	1544
London	421.42	17567	Prag	290.25	121
Paris	444.50	186	Kopenhg.	—	—
Mailand	434	181	Stockh.	—	—
Zürich	1725	718	Christ.	—	—

SLUB
Wir führen Wissen.